

# Gemeinde Schondorf am Ammersee



## NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

### Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 4. Oktober 2023

im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

#### **Vorsitz:**

Erster Bürgermeister Alexander Herrmann

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

#### **Gremiumsmitglieder:**

#### **Bemerkung:**

Andreas Ernst  
Helga Gall  
Rudi Hoffmann  
Bettina Hölzle  
Rainer Jünger  
Franziska König  
Marius Polter  
Simon Springer  
Anna Wagenknecht  
Stefanie Windhausen-Grellmann

#### **Entschuldigt sind**

Martin Wagner  
Thomas Betz  
Michael Deininger  
Luzius Kloker  
Sabine Pittroff  
Wolfgang Schraml

#### **Weiterhin anwesend:**

Korbinian Grüner, Fa. Accon

Berater

## Öffentliche Sitzung:

1. Bürgersprechstunde und Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 13.09.2023, öffentlicher Teil
2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung
3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes
4. Lärmaktionsplan; Vorstellung der Berechnungsergebnisse und weitere Vorgehensweise; Beschlussfassung zur Öffentlichkeitsbeteiligung
5. Nachnutzung Bahnhofschuppen - Konzeptfindung
6. Bebauungsplan KITA Bergstraße - Aufstellungsbeschluss und Beauftragung Planer
7. Antrag auf Baugenehmigung; Aufstockung DHH Bestand (1 zus. WE) + Errichtung einer Außentreppe; Fuchsbergstraße 4; FlNr. 344/13, 306/6, 320/16 Gem. Oberschondorf
8. Straßenzustandserfassung (Straßenkataster) - Ausschreibung
9. Ersterschließung Kirchenacker; Nachtrag Ingenieurleistungen zur örtl. Bauüberwachung; Vergabe der zusätzl. Ingenieurleistung
10. Entwässerung Sonnenleite und Beerengarten; Vorgehensweise und ggfs. Beschlussfassung
11. Zuschussantrag pro familia für das Jahr 2024
12. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
13. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

## Öffentliche Sitzung

### 1. Bürgersprechstunde und Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 13.09.2023, öffentlicher Teil

#### Sachverhalt:

Herr Schindler spricht an, dass der nicht asphaltierte Bereich am Seeberg in einem sehr schlechten Zustand ist und immer nur rudimentär ausgebessert wird. Es wird darum gebeten, das techn. Bauamt darüber zu informieren.

Im Anschluss daran eröffnet Herr BGM Herrmann die Sitzung.

#### Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 13.09.2023, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

#### Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
11	11	8	0

#### Hinweis:

Die Gemeinderäte Jünger, Hölze und Windhausen-Grellmann enthalten sich einer Stimmabgabe wegen damaliger Nichtteilnahme.

### 2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung

#### Sachverhalt:

##### Sanierung Wilhelm-Leibl-Platz - Vergabe Architektenleistungen

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung das **Büro Steinbrecher GmbH** aus Fürstenfeldbruck mit Stufe 1: der Erstellung eines Sanierungskonzepts im Rahmen einer Machbarkeitsstudie, sowie der hierzu erforderlichen Grundlagenermittlung und Vorplanung (LPH 1+2) mit einer Teil-Auftragssumme hierfür in Höhe von **10.993,25€ brutto, inkl. Nebenkosten**, entsprechend dem Gesamtangebot vom 06.07.2023 (in Höhe von gesamt 115.403,97€ brutto, inkl. 2% Nebenkosten) zu beauftragen.

##### Sporthalle - Vergabe Erstellung Brandschutzkonzept

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung das **Ingenieurbüro K33** aus München mit der brandschutztechnischen Beratung entsprechend dem Angebot vom 29.09.2022 über **7.923,08€ brutto** (inkl. 15h besondere Leistungen und 5% Nebenkosten) zu beauftragen.

##### Anschaffung eines neuen Abrollkippers für den gemeindlichen Bauhof

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung für den gemeindlichen Bauhof, einen neuen Schneepflug der Firma Henne Nutzfahrzeuge GmbH, auf Grundlage Ihres Angebots vom 01.09.2023, vom Typ Vario Drehklappen-Schneepflug mit 4 Drehklappen (inkl. Lieferung), in Höhe von 10.067,10 EUR brutto anzuschaffen.

Dem Mietangebot (Überbrückungsfahrzeug) der Firma Henne Nutzfahrzeuge GmbH, über monatlich 4.284,00 EUR brutto, zzgl. Lieferung und Abholung vom Bauhof für 595,00 EUR brutto, wird zugestimmt.

Der Gemeinderat stimmt einem Kauf des neuen Abrollkippers der Firma Henne Nutzfahrzeuge GmbH (unter 181.470,-) zu.

Der Gemeinderat ermächtigt den Bürgermeister den Kauf abzuschließen, wenn der Kaufpreis unter dem Gesamtpreis von 181.470 (Leasing Rate) liegt:

### 3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes

#### Sachverhalt:

Herr Herrmann berichtet, dass ein Dankeschreiben von Donum-Vitae der Sitzung angehängt ist. Zudem gratuliert er Frau Anna Wagenknecht zu deren Eheschließung und Herrn Kloker in dessen Abwesenheit zur Geburt eine Tochter.

#### Kurzer Bericht aus Boves:

Herr Herrmann berichtet über die Feierlichkeiten hinsichtlich des Besuches aus der Gemeinde Schondorf zum 80. Jahrestages zum Massaker. Herr Jünger berichtet zudem, dass er das Gefühl hat, dass die Aussöhnung und Vergebung für die Gäste in Boves spürbar ist.

### 4. Lärmaktionsplan; Vorstellung der Berechnungsergebnisse und weitere Vorgehensweise; Beschlussfassung zur Öffentlichkeitsbeteiligung

#### Sachverhalt:

Das Büro ACCON GmbH, Greifenberg vertreten durch Hr. Korbinian Grüner stellt die Berechnungsergebnisse, bisherigen Untersuchungen zur Erarbeitung des geplanten Lärmaktionsplan vorab der rechtlichen Prüfung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung Träger öffentlicher Belange vor. Es wird die weitere Vorgehensweise erläutert. Es ist ein Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung TÖB auf Grundlage der Berechnungsergebnisse zu fassen.

#### Beschluss:

Der Gemeinderat billigt den Entwurf des Lärmaktionsplans der ACCON GmbH vom 12.09.2023. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit zum Entwurf des Lärmaktionsplans zu beteiligen. Dabei ist der Entwurf des Lärmaktionsplans für die Dauer mindestens eines Monats im Internet zu veröffentlichen und in der Gemeindeverwaltung zur Einsicht auszulegen. Der Öffentlichkeit ist die Möglichkeit zu geben, auf geeignete Weise innerhalb angemessener Fristen (mindestens für die Dauer der Auslegung) zum Entwurf des Lärmaktionsplans Stellung zu nehmen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist ortsüblich vorab bekanntzumachen.

#### Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
11	11	11	0

## 5. Nachnutzung Bahnhofschuppen - Konzeptfindung

### Sachverhalt:

Herr Herrmann beschreibt kurz die Nutzung „Brauen und Trauen“. Hier soll ein Trauzimmer entstehen und eine Möglichkeit für den Brauverein zum Bierbrauchen. Ein Alkoven, der geschlossen werden kann, sollte z.B. für den Brauverein vorgesehen sein. Insgesamt muss vor der Ausführung und Detailplanung geklärt werden, ob durch den Brauvorgang so starke bleibende Gerüche entstehen würden, dass der Raum langfristig für Eheschließungen, aufgrund einer Geruchsbelästigung, nicht genutzt werden könnte.

Frau Wagenknecht bittet darum, dass die Kosten für den Brauverein, da sie keine Pflichtaufgabe sind, gesondert festgestellt werden.

Als zweite Nutzung wird auch „Trauen und Ausstellen“ erwogen.

### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dafür, den Vorschlag „Trauen und Brauen“ umzusetzen, außer wenn durch das Brauen das Trauzimmer so erheblich negativ beeinflusst würde, dass es langfristig nicht mehr nutzbar wäre. Wenn dies der Fall ist, würde „Trauen und Ausstellen“ umgesetzt werden.

### Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
11	11	6	5

## 6. Bebauungsplan KITA Bergstraße - Aufstellungsbeschluss und Beauftragung Planer

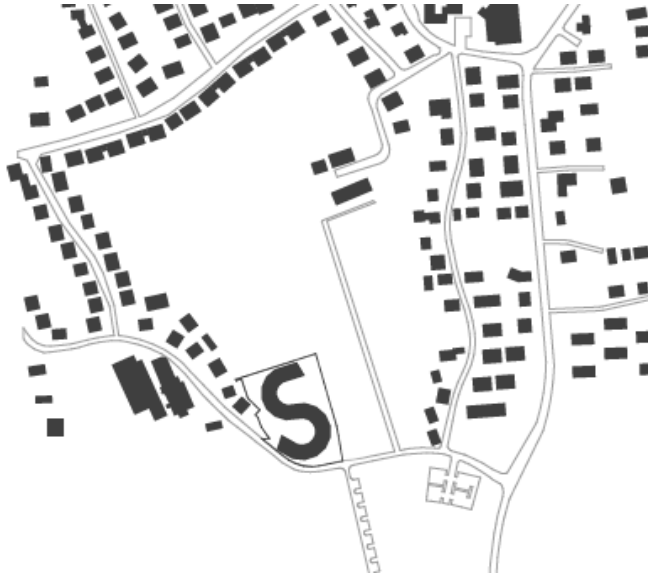
### Sachverhalt:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des qualifizierten Bebauungsplans „KITA Bergstraße“ für das Gemeindegrundstück Flur Nrn. 1116, 1127/2 sowie TFL 1056 Gemarkung Oberschondorf zum Zwecke der Errichtung eines Kindergarten- und Krippenneubaus. Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplans ist der Vorentwurf von Büro Mahlkecht-Herrle, Stand 25.07.2023.

Für den Neubau des Kindergarten- und Krippengebäudes an der Bergstraße, Fl.Nr. 1116 ist nach Rücksprache mit dem LRA die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich:

„Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück Fl.Nr. 1116 Gemarkung Oberschondorf ist bauplanungsrechtlich dem Außenbereich zuzuordnen, da es aufgrund der Größe und Lage keine Baulücke mehr darstellt. Für die Errichtung der Kindertagesstätte ist aus Sicht des Landratsamts die Aufstellung eines Bebauungsplans durch die Gemeinde Schondorf am Ammersee zwingend erforderlich, da die Größe des Vorhabens mit einer Grundfläche zwischen 2.244 m<sup>2</sup> (Variante 2) bzw. 2.468 m<sup>2</sup> (Variante 3) die Grundflächen der Gebäude in Umgebungsbebauung um ein Vielfaches überragt. ...“

Der Bebauungsplan soll als „Bebauungsplan KITA Bergstraße“ bezeichnet werden.



#### Diskussionsverlauf:

Die Verkehrssituation soll besonders beachtet und entsprechend mitgeplant werden.

#### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des qualifizierten Bebauungsplans „KITA Bergstraße“ für die Gemeindegrundstücke mit den Flur Nrn. 1116, 1127/2 und TF 1056, Gemarkung Oberschondorf zum Zwecke der Errichtung eines Kindergarten- und Krippenneubaus. Grundlage für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist der Vorentwurf von Büro Mahlknecht-Herrle, Stand 25.07.2023.

Mit der Ausarbeitung der Planung wird der PV - Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München beauftragt.

#### Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
11	11	11	0

#### 7. Antrag auf Baugenehmigung; Aufstockung DHH Bestand (1 zus. WE) + Errichtung einer Außentreppe; Fuchsbergstraße 4; FINrn. 344/13, 306/6, 320/16 Gem. Oberschondorf

#### Sachverhalt:

<b>Baurechtliche Einordnung:</b>	§ 34 BauGB  Baugebiet gem. BauNVO: W	<b>Flächenberechnung:</b>	<u>Grundfläche:</u> 1.207 m <sup>2</sup> <u>Grundflächenzahl:</u> 0,24 <u>Geschossfläche:</u> 451 m <sup>2</sup> <u>Geschossflächenzahl:</u> 0,37
----------------------------------	--	---------------------------	--

<b>Dachform:</b> <b>Dachneigung:</b>	Satteldach	<b>Vollgeschosse:</b> <b>Firsthöhe:</b>	10,20
<b>Abweichungen/Befreiungen:</b>		<b>Stellplätze:</b>	6
<b>Örtliche Bauvorschriften:</b>	ja	<b>Erschließung gesichert:</b>	ja

Der Bauherr plant die Aufstockung einer bestehenden Doppelhaushälfte und die Errichtung einer Außentreppe zur Schaffung eines Generationenwohnmodells.

Das Bauvorhaben liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes und ist vor diesem Hintergrund als unbeplanter Innenbereich gemäß § 34 BauGB zu beurteilen.

Das Bauvorhaben ist im Flächennutzungsplan nach den Maßgaben der BauNVO der Wohnbaufläche (W) zuzuordnen.

Das Bauvorhaben wurde bereits einmal in der Sitzung vom 13.09.2023 behandelt und hat keine Zustimmung des Gremiums erhalten. Der Bauherr hat sein Vorhaben nun angepasst und die Gebäudehöhe um 80 cm vermindert. Auch die ehemalige traufseitige Wandhöhe wurde dementsprechend vermindert.

Es ist darüber zu beraten, ob das geplante Bauvorhaben sich sowohl hinsichtlich seiner Grundfläche und Höhenentwicklung sowie auch in Bezug auf die umgebende Bebauung einfügt.

Es ist ein Beschluss zu fassen, ob das gemeindlichen Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt werden soll.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen nach § 36 BauGB.

#### **Abstimmungsergebnis:**

<b>Anwesend</b>	<b>Stimmberechtigt</b>	<b>JA</b>	<b>NEIN</b>
<b>11</b>	<b>11</b>	<b>10</b>	<b>0</b>

#### **Hinweis:**

Wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) hat das Mitglied Bettina Hölzle an der Beratung und Beschlussfassung des obigen Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

## **8. Straßenzustandserfassung (Straßenkataster) - Ausschreibung**

#### **Sachverhalt:**

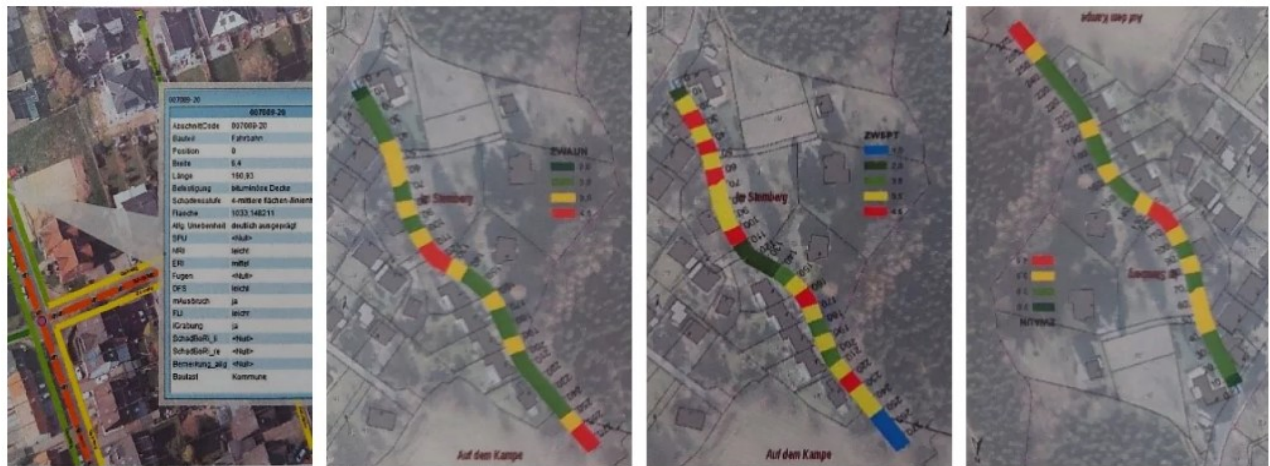
Das Verkehrswegenetz ist ein Teil des Vermögens einer Kommune und muss seit Einführung der kommunalen Doppik über das Infrastrukturmanagements bzw. das Erhaltungsmanagement als Anlagegut verwaltet und überwacht werden.

Für den Straßenbaulastträger ergibt sich im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Daseinsvorsorge die Verkehrssicherungspflicht. Daraus geht die Aufgabenstellung hervor, durch regelmäßige Kontrollen den Zustand von Straßen, Wegen und Plätzen zu prüfen und deren Erhaltung zu überwachen. **Es handelt sich somit um eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.**

Die Zustandserfassung ermöglicht es, Verkehrsflächen zu kartieren, zu bewerten und ein exaktes Schadensbild zu ermitteln. Dies dient Städten und Gemeinden später als Grundlage für ein langfristig effizientes und wirtschaftliches Straßenmanagement eventueller Ausbesserungs- und Erhaltungsarbeiten an Straßen und Wegen und ist damit Grundlage für eine systematische Straßenerhaltungsplanung.

Generell werden die Gemeinden und Städte dazu angehalten, das erstellte Straßenkataster alle vier Jahre zu aktualisieren.

Beispiel einer Straßenzustandserfassung, eingepflegt in das GIS:



In der Ausschreibung soll die Einpflegung der erfassten Daten in das GIS-Programm der Gemeinden (RIWA) berücksichtigt werden.

Die im zukünftigen Straßenkataster eingepflegten Maßnahmen sollen je nach Priorität dann über den bereits veranlassenen Rahmenvertrag zu den Straßenbaumaßnahmen in Absprache mit dem Gemeinderat abgearbeitet werden.

### Rechtliche Würdigung:

Die Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht kann eine zivilrechtliche Schadensersatzpflicht nach sich ziehen. Im kommunalen Bereich können zivilrechtliche Schadensersatzansprüche weitgehend über die kommunale Haftpflichtversicherung abgedeckt werden

Unabhängig von der zivilrechtlichen Haftung im Schadensfall, kann daneben auch eine strafrechtliche Haftung treten. Infrage kommen Tatbestände wie fahrlässige und vorsätzliche Sachbeschädigung, fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung. Eine strafrechtliche Haftung kann immer nur eine natürliche Person treffen. Es wird ein subjektiver Haftungsmaßstab angelegt, d.h. die Beurteilung was im vorliegenden Fall vom Verantwortlichen nach seinen subjektiven Möglichkeiten zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht verlangt werden kann.



Als natürliche Personen kommen hier grundsätzlich der Bürgermeister, einzelne Gremiumsmitglieder sowie Beschäftigte der Gemeinde und deren Vorgesetzte in Frage.

#### **Diskussionsverlauf:**

Von der Verwaltung soll noch geklärt werden, ob auch Bürgersteige in diesem Kataster mit enthalten sind.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Straßenzustandserfassung in Form eines Straßenkatasters und kommt so der Verkehrssicherungspflicht als Straßenbaulastträger im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Daseinsvorsorge nach. Die Verwaltung wird beauftragt für die Erfassung inkl. Einpflegung in das gemeindeeigene GIS (RIWA) geeignete Angebote einzuholen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

<b>Anwesend</b>	<b>Stimmberechtigt</b>	<b>JA</b>	<b>NEIN</b>
<b>11</b>	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>0</b>

### **9. Ersterschließung Kirchenäcker; Nachtrag Ingenieurleistungen zur örtl. Bauüberwachung; Vergabe der zusätzl. Ingenieurleistung**

#### **Sachverhalt:**

Um das Bauvorhaben ‚Ersterschließung Kirchenäcker‘ erfolgreich abschließen zu können, ist die kontinuierliche Überwachung des Bauablaufs sowie eine Koordinierung aller an der Objektüberwachung Beteiligten notwendig. Zeitplan, Budget und Qualitätsvorgaben müssen mit dem Baufortschritt abgeglichen werden. Das Ingenieurbüro Arnold Consult AG ist mit den Leistungsphasen 1 bis 8 beauftragt und hat im Rahmen der Komplexität des Projekts bereits Aufgaben zur örtlichen Bauüberwachung übernommen.

Im Allgemeinen ist die Leistungsphase 8 in der HOAI definiert und wie folgt beschrieben: Zu den Grundleistungen der Leistungsphase (LPH) 8 Bauoberleitung gehören: Aufsicht über die örtliche Bauüberwachung, Koordinierung der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten, einmaliges Prüfen von Plänen auf Übereinstimmung mit dem auszuführenden Objekt und Mitwirken bei deren Freigabe, Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen eines Terminplans, Veranlassen und Mitwirken beim Inverzugsetzen der ausführenden Unternehmen, Kostenfeststellung, Vergleich der Kostenfeststellung mit der Auftragssumme, Abnahme von Bauleistungen, Feststellen von Mängeln, Fertigung einer Niederschrift über das Ergebnis der Abnahme, Auflisten der Verjährungsfristen der Mängelansprüche, Zusammenstellen und Übergeben der Dokumentation des Bauablaufs, der Bestandsunterlagen

Im Rahmen der örtlichen Bauüberwachung (§47 HOAI, Anlage 13 spez. 13.1 Verkehrsanlagen und Anlage 12 spez. 12.2 Ingenieurbauwerke) werden unter anderem die ausgeführten Bauleistungen überwacht, Aufmaße und Rechnungen geprüft sowie der Bauablauf dokumentiert. Die Örtliche Bauüberwachung ist Teil der besonderen Leistungen der LPH 8. Die besonderen Leistungen umfassen: Kostenkontrolle, Prüfen von Nachträgen, Plausibilitätsprüfung der Absteckung, Überwachen der Ausführung der Bauleistungen,

Mitwirken beim Einweisen des Auftragnehmers in die Baumaßnahme (Bauanlaufbesprechung), Überwachen der Ausführung des Objektes auf Übereinstimmung mit den zur Ausführung freigegebenen Unterlagen, dem Bauvertrag und den Vorgaben des Auftraggebers, Prüfen und Bewerten der Berechtigung von Nachträgen, Durchführen oder Veranlassen von Kontrollprüfungen, Dokumentation des Bauablaufs, Mitwirken beim Aufmaß mit den ausführenden Unternehmen und Prüfen der Aufmaße, Mitwirken bei der Abnahme von Leistungen und Lieferungen, Rechnungsprüfung, Vergleich der Ergebnisse der Rechnungsprüfungen mit der Auftragssumme.

Quelle: Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI 21)

Um den erbrachten Leistungen gerecht zu werden, wurde die Verwaltung vom Ingenieurbüro Arnold darauf aufmerksam gemacht, dass besondere Leistungen für eine örtliche Bauüberwachung nicht Vertragsbestandteil sind, dennoch übernommen und angefallen sind. Das Ingenieurbüro hat hierzu einen Nachtrag zu den bisher beauftragten Honorarleistungen übergeben. Die Kosten werden mit 3,4 % der anrechenbaren Kosten nach Kostenschätzung (201.313,00 € netto) angesetzt. Die Angebotssumme beträgt 6.844,64 € netto (8.145,12 € brutto). Der tatsächliche Aufwand richtet sich den angefallenen Baukosten (anrechenbaren Kosten). Es wird empfohlen die Leistungen der örtlichen Bauüberwachung nachträglich zu beauftragen.

#### **Haushaltsrechtliche Auswirkung:**

Der Nachtrag wird bei der Gesamtmaßnahme auf der Haushaltsstelle 6300.9518 mitveranschlagt. Auf der Haushaltsstelle sich vom Ansatz über 200.000€ noch 175.774,14 € verfügbar.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung das Ingenieurbüro Arnold Consult AG nachträglich mit der besonderen Leistung zur Leistungsphase 8, örtliche Bauüberwachung, mit einem Prozentsatz in Höhe von 3,4% je nach Höhe der anrechenbaren Kosten, zu beauftragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
11	11	11	0

### **10. Entwässerung Sonnenleite und Beerengarten; Vorgehensweise und ggfs. Beschlussfassung**

#### **Sachverhalt:**

Die Verwaltung hat aufgrund des Diskussionsverlauf und Anfrage des ehemaligen Grundstücksbesitzers (Sonnenleite 5a) gemeinsam mit dem Ingenieurbüro Arnold Consult AG, im Zuge weiterer Maßnahmen, eine Besichtigung der Örtlichkeiten vorgenommen. Hierbei wurde ähnliche Thematik wie ‚Am Eichert‘ (siehe Gemeinderatssitzung v. 13.09.2023) festgestellt. Die Bereiche Sonnenleite und Beerengarten sind aufgrund starker

Längsneigungen, kaum vorhandener Querneigungen und nicht ausreichender Entwässerungseinrichtungen (SSK), defekten Betonrinnen bei Starkregenereignissen nicht in der Lage alle anfallenden Oberflächenwässer ordentlich abzuleiten. Bei den Flächen (Foto 1) vor den Gebäuden 5 bis 5b handelt es sich um Privatgrundstücke mit einer unbefestigten Oberfläche, ohne jegliche Entwässerungseinrichtungen. Die Gebäude liegen baulich angeordnet tiefer als die vorhandene Fahrbahn der Sonnenleite.

In den Privatgrundstücken wird empfohlen zwingend Entwässerungsrinnen vor Eingängen, Zufahrten und Großflächen Straßensinkkästen zu installieren. Die Flächen müssen hierbei nicht versiegelt werden und könnten, wie derzeit im Bestand mit einem wasserdurchlässigen Belag erhalten bleiben. Um Schäden an etwaigen Grundstücken vorzubeugen, empfiehlt es sich im Bereich Beerengarten und Sonnenleite Straßensinkkästen zu ergänzen bzw. zu erweitern, die Reparatur der Betonrinnen ist zwingend durchzuführen. Im beiliegenden Lageplan sind die Flächen grob aufgenommen und zu ergänzende Entwässerungseinrichtungen blau markiert. Die Einzugsflächen der vorh. SSK sind teilweise überdimensioniert und entsprechen nicht den Bemessungssätzen bei starken Längsneigungen und Starkregenereignissen. Die nötigen Bauleistungen hierzu könnten ebenfalls in das Leistungsverzeichnis zum Rahmenvertrag aufgenommen werden.



Foto1 Privatgrundstücke Sonnenleite  
Hs.-Nr. 5-5b

Foto 2 Beerengarten – keine ausreichende  
Entwässerung vorhanden, starke Längsneigung

Es wird empfohlen eine Prüfung der Flächen über die bereits beauftragte Planerleistung ,Rahmenvertrag Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für Instandhaltung der Verkehrsanlagen Schondorf (Erstellung eines Leistungsverzeichnis zum Rahmenvertrag)‘ – GR-Beschluss vom 31.05.2023, als Ergänzung zu beauftragen. Die Planungsleistung kann zu bekannten Regiesätzen: Projektleitung 105,00 € netto, Ingenieur 98,00 € netto, techn. Mitarbeiter 72,00 € netto mit geschätzten 3 Stunden angesetzt werden. (Leistung durch IB Arnold Consult bereits erfolgt) Die bauliche Umsetzung bzw. Aufnahme der jeweiligen Positionen kann über das zu erstellende Leistungsverzeichnis aufgenommen werden. So kann auch hier ein Synergieeffekt entstehen und Kosten gespart werden.

#### **Haushaltsrechtliche Auswirkung:**

Es handelt sich hierbei um eine Pflichtaufgabe des eigenen Wirkungskreises, da die Träger der Straßenbaulast die Straßen nach ihrer Leistungsfähigkeit in einem dem gewöhnlichen Verkehrsbedürfnis und den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung genügenden Zustand zu bauen und zu unterhalten haben. Die Ausgabe ist in der Haushaltsstelle 6300/5100 zu veranschlagen. Hier sind 57.377,67€ verfügbar und hiervon 45.000 € für Straßenreparaturen mit Bankette vorgemerkt.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Empfehlung der Verwaltung als sofortige Maßnahme zu und ermächtigt die Verwaltung das Ingenieurbüro Arnold Consult AG ergänzend zum Auftrag „Erstellung eines Leistungsverzeichnisses zum Rahmenvertrag“ die Prüfung der Verkehrsanlagen mit Entwässerungsanlagen auf Abrechnung nach Stunden vorzunehmen und die Bauleistungen in das zu erstellende LV aufzunehmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
11	11	11	0

### **11. Zuschussantrag pro familia für das Jahr 2024**

#### **Sachverhalt:**

Pro familia Schwangeren- und Familienberatung FFB beantragt eine Zuwendung zur Unterstützung ihrer Arbeit für 2024.

Seit 2020 wurden € 350,- gezahlt.

#### **Haushaltsrechtliche Auswirkung:**

Die Zahlung eines Zuschusses stellt eine freiwillige Aufgabe im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde dar. Die Veranschlagung findet auf der Haushaltsstelle 5400/7000 statt. Diese Ausgabe ist für das kommende Jahr geplant.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt für 2024 die Arbeit von pro familia mit einem Zuschuss in Höhe von € 350,- zu unterstützen. Die Summe soll im Januar 2024 zur Auszahlung gelangen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Anwesend</b>	<b>Stimmberechtigt</b>	<b>JA</b>	<b>NEIN</b>
<b>11</b>	<b>11</b>	<b>10</b>	<b>1</b>

**12. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil****Sachverhalt:**

- Nachnutzung Bahnhofsschuppen – Behandlung in der heutigen Sitzung
- Bauantrag Lindenstraße – ging an LRA
- Bauantrag Fuchsbergstraße – erneute Behandlung in der heutigen Sitzung
- Ersterschließung Kirchenacker – Nachtragsangebot Beweissicherung – Auftrag vergeben
- Antrag zur Errichtung einer Entwässerungsrinne – techn. BA
- Neufassung Baumschutz-VO – Veröffentlichung demnächst; Baumliste wurde angepaßt
- Zuschuss-Antrag- Ammerseedampfbahn – Schreiben ist erl. – Kopie ging an Kasse
- Christkindlmarkt – Neuvergabe/Neubeauftragung – erste Sitzung fand bereits statt
- Antrag Wings for Africa – Antragsteller wurde über Ablehnung informiert
- Brunnen Wilhelm-Leibl-Platz – Fr. Kolodziej wurde über Probleme mit der Wasserzuführung und -ableitung informiert

**13. Verschiedenes, Wünsche und Anträge****Sachverhalt:**

Frau Hölzle fragt aufgrund der regen Bautätigkeit beim Landheim nach, wann die Idee der Längsparker entlang der neuen Gebäude angegangen wird. Herr Herrmann erläutert, dass dies bei der Renovierung des Gehsteigs in der Bahnhofstraße in die Planung einfließen wird.

Frau Windhausen teilt mit, dass die Gemälde, die neu im Sitzungssaal aufgehängt wurden von Herrn Hammer sind. Kommenden Freitag findet um 19.00 Uhr die Vernissage zu „*Barbie X and Friends*“ statt.

Sitzungsende: 21.26 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

---

Alexander Herrmann  
Erster Bürgermeister

---

Beate Strohmeier  
Schriftführerin